

2019-05-24

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.03.2019

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Anwesenheit siehe Anlage 1

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr **Puttkammer** eröffnet um 16:33 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit durch **5** anwesende und stimmberechtigte Stadträte fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Abstimmungsergebnis: 5 / 0 / 0

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2019**

Abstimmungsergebnis: 5 / 0 / 0

- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Keine.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Informationen der Verwaltung

Herr Krause informiert, dass auf Initiative des Pflegestammtisches eine Pflegemesse zur Fachkräftesicherung und Eingliederung in die Pflegeausbildung ab 2020 am Berufsschulzentrum organisiert wurde. Hier werden sich am 13.04.2019 insgesamt 7 Träger der Pflege, 3 Krankenhäuser, die Agentur für Arbeit sowie das Jobcenter, in Zusammenarbeit mit dem RümSa Projekt - Regionales Übergangsmanagement in der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau - präsentieren.

Es soll eine Pressekonferenz stattfinden. Werbung und Plakate werden gerade erstellt.

Des Weiteren stellt er Frau Schulz vor, die seit 01.03.2019 in seinem Dezernat die Stabsstelle Sozialcontrolling/Führungsunterstützung ausführt.

Frau Paesold berichtet zum Arbeitshinweis 01/2019 zur Umsetzung des BSG-Urteils B 4 AS 12/15 R vom 17.02.2016 hinsichtlich der Richtlinie der Kosten der Unterkunft. Ein Ausdruck der Präsentation liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Frau Perl fragt an, ob es viele nicht genehmigte Umzüge gab.

Frau Paesold erklärt, dass es sich hierbei um Einzelfälle handelt.

Herr Busch betritt die Sitzung. Es sind nun **6** stimmberechtigte Stadträte anwesend.

5.2 Anfragen und Informationen der Mitglieder des Ausschusses

Herr Puttkammer informiert zu einem erhaltenen Schreiben. Ein Herr aus Großkühnau hat angemerkt, dass es bedeutende Unterschiede in der Kitabetreuung zwischen Magdeburg und Dessau-Roßlau geben soll. Da es sich hierbei nicht um eine Anfrage an den Ausschuss direkt handelt, hat er die Verwaltung gebeten, das Anliegen entsprechend weiterzuleiten.

5.3 Informationen des kommunalen Seniorenbeauftragten

Herr Wolfram berichtet zu zukünftigen Themen. Zum einen über die Wahlen, die laut Satzung für den Seniorenbeirat im 2. Halbjahr anstehen. Hier sei es langfristig wichtig, mit Seniorenverbänden und mit Bürgern der Stadt in Kontakt zu bleiben, um nach dem Aufruf zur Wahl im Amtsblatt Vorschläge der Organisationen zu erhalten, damit auch zukünftig interessierte Bürgerinnen und Bürger im Beirat vertreten sind. Probleme, die an ihn herangetragen wurden, sind der Schillerpark in Bezug auf die Wegeverhältnisse und wiederholt Wohnungsanfragen.

Des Weiteren soll in den kommenden Sitzungen des Seniorenbeirates die Geschäftsordnung des Beirates verabschiedet, Vertreterregelungen wirksam und die Satzung hinsichtlich des Datenschutzes überarbeitet werden.

Er nennt die Veranstaltungstermine der diesjährigen Seniorenwoche, die im Oktober stattfinden wird:

- 5. Oktober 2019 – „Ein Tag für Dessau“ – Dessau-Center
- 6. Oktober 2019 – Eröffnungskonzert – Anhaltisches Theater
- 7. Oktober 2019 – Bildungspolitisches Forum – Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum
- 12. Oktober 2019 – Abschlussveranstaltung – Saal der DVV

5.4 Informationen der kommunalen Behindertenbeauftragten

Frau Röhrich-Zander knüpft an die Aussagen von Herrn Wolfram an und informiert, dass auch der Beirat für Menschen mit Behinderung neu gewählt wird. Auch wird die Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung im Rahmen der Neufassung des Kommunalverfassungsgesetzes Sachsen-Anhalt und der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau inhaltlich überarbeitet. Wenn die Satzungen genehmigt wurden, wird es einen Aufruf zur Neuwahl geben.

Des Weiteren berichtet sie über die Herausgabe der 2. Auflage der Zeitschrift „Mit Handicap in der Stadt Dessau-Roßlau“. Die Verteilung innerhalb des Stadtgebietes wird demnächst erfolgen.

Herr Berghäuser fragt an, ob es die Zeitschrift auch als Onlineversion gibt.

Frau Röhrich-Zander bestätigt, dass die Zeitschrift zeitnah online abrufbar sein wird.

5.5 Informationen des Integrationskoordinators

Herr Altmann informiert zur Entscheidung der Verwaltung, eine Steuerungsgruppe zum Thema Integration zu gründen. Diese soll zukünftig durch das Integrationsbüro geführt werden. Aufgabe wird sein, dezernatsübergreifend, mit konkreten Ansprechpartnern innerhalb der Verwaltung, die Prozesse der Integrationssteuerung von Seiten der kommunalen Verwaltung zu steuern, zu prüfen und vorwiegend Handlungskonzepte auszuarbeiten. Er sieht das als Errungenschaft, die notwendig war, um das Leitbildkonzept noch stärker in die Stadtverwaltung hineinzutragen. Außerdem sollen partizipative Strategien verwendet und zielgruppenorientiert gearbeitet werden.

Des Weiteren berichtet er von anstehenden Projekten und Vorhaben.

So ist es gelungen, die Bertelsmann-Stiftung im Rahmen der „Vielfaltsgestalter“ voraussichtlich zu Ende Mai nach Dessau-Roßlau einzuladen. Hintergrund ist das Erscheinen der zweiten Studie zu den Themen Zusammenhalt und Vielfalt. Diese Studie soll genutzt werden, um mit Fachkräften, Interessierten aus der Verwaltung, Zivilgesellschaft und anderen Akteuren, diese Ergebnisse zu diskutieren, zu erörtern und gemeinsam vor allem für Zusammenhalt zu sorgen.

Weiterhin berichtet er von den gerade laufenden Vorbereitungen zur interkulturellen Woche, welche traditionell Ende September stattfindet. Es wurde zur Ideenwerkstatt eingeladen, um mit verschiedenen Partnern Schwerpunkte zu setzen und eine Kontakt- und Ideenbörse durchzuführen, um interessante Angebote anbieten zu können.

Er wirbt außerdem für das Integrationsportal, auf dem aktuelle Inhalte der Arbeit und der von Partnern dargestellt werden und regelmäßig mit neuen Clips von Projekten mit der Hochschule Anhalt sowie dem offenen Kanal aktualisiert wird.

Herr Busch fragt an, seit wann sich die angesprochene Steuerungsgruppe trifft und erinnert an die lange Dauer der Umsetzung zum Integrationskonzept.

Herr Altmann erklärt, dass innerhalb der Verwaltung eine Beschlussvorlage gefasst wurde und diese jetzt umgesetzt werden wird. Er erläutert, dass schon längerfristig auch an den Handlungsstrategien gearbeitet wird. Es ginge um die interne Gründung einer Steuerungsgruppe, die den Prozess vor allem in der Handlungszielausarbeitung begleitet und evaluiert, nicht darum, erst jetzt mit Integration zu beginnen.

Herr Busch erfragt die konkreten Aufgaben der Arbeitsgruppe. Dass die einzelnen Dezernate zusammenarbeiten hält er für eine Selbstverständlichkeit.

Herr Altmann gibt Herrn Busch Recht und erläutert, dass es sich um einzelne Organisationseinheiten handelt und es zahlreiche Fachplanungen und Prozesse gibt, die gesteuert werden müssen und bei dem Querschnittsthema auch zielgruppenorientiert betrachtet werden müssen. Unzufriedenheit oder Verbesserungsvorschläge würde er gern entgegennehmen.

Herr Busch erinnert sich, bereits damals seine Kritik vorgetragen zu haben, dass das damalige Integrationskonzept etwa 2 Jahre Zeit in Anspruch genommen hat.

Herr Altmann gibt Herrn Busch Recht, dass der Prozess sehr lang war. Es ginge nur um die interne Entscheidung, das zu verbessern. Die Ämter und Dezernate haben dahingehend bereits eifrig gearbeitet, was an den Projekten, die bereits vorgestellt wurden, auch zu sehen ist. Außerdem wurden bereits sehr gute Ergebnisse erzielt, die sich mittlerweile bundesweit zeigen und gute Resonanz erzielen. Es ginge lediglich um eine Strukturverbesserung, da das Integrationsbüro, welches für den Prozess und die Steuerung verantwortlich ist, mit zwei Personen nur schwer in allen Dezernaten wirken kann.

5.6 Vorstellung des Projektes - Partnerschaft für Demokratie Dessau-Roßlau

Herr Andersch stellt das Förderprogramm - Partnerschaft für Demokratie Dessau-Roßlau - anhand einer den Ausschussmitgliedern vorliegenden Präsentation vor.

5.7 Vorstellung eines Trägers der Freien Wohlfahrtspflege - Bahnhofsmission

Frau Lanfermann stellt die Bahnhofsmission anhand einer vorliegenden Präsentation vor.

6 Beschlussfassungen

6.1 Leistungen der Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen sowie Suchtberatungsstellen in Dessau-Roßlau nach dem FamBeFöG des Landes Sachsen-Anhalt Vorlage: BV/040/2019/V

Herr Krause führt in die Beschlussvorlage ein und teilt mit, dass die Sozialplanung aus dem Jahr 2010 nicht mehr aktuell ist und gerade überarbeitet wird. Da § 20 des Familien- und Beratungsstellenförderungsgesetz Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA) zur Ausreichung von Landesmitteln zur Förderung dieser Angebote eine Art kleine Sozialplanung fordert, muss dieser Teil der Sozialplanung vorgezogen werden. Der jetzt vorgezogene Teil wird dann Bestandteil der neuen Sozialplanung sein. Dies war notwendig, um die Landesmittel für die Beratungsstellen auch abrufen zu können. Da die Zahlen vom Land akzeptiert wurden und die Mittel bereits geflossen sind, wird für das nächste Jahr eine Fortschreibung erfolgen.

Anhand einer ausgereichten Präsentation erläutert **Herr Wegener** im 1. Teil die Erziehungs- und Familienberatung in Dessau-Roßlau, sowie **Herr Lange** die Suchtberatung in Dessau-Roßlau im 2. Teil der Präsentation.

Herr Berghäuser spricht die Überlegung der Impfpflicht gegen Masern an, die den Medien zu entnehmen war und fragt an, ob das auch eine Aufgabe der Familienberatung wäre, junge Familien an die Thematik heranzuführen.

Da das Thema mittlerweile in den Kitas und Schulen präsent ist, geht **Herr Wegener** davon aus, dass diese Frage auch Gegenstand der Familienberatung sein wird.

Frau Heinrich ergänzt, dass das Beratungsangebot freiwillig ist und keine Verpflichtung erfolgen kann. Des Weiteren werden durch die Beratungsstellen vielfältige Präventionsveranstaltungen durchgeführt.

Frau Sanftenberg verlässt die Sitzung. Es sind nun **5** stimmberechtigte Stadträte anwesend.

Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0

6.2 Berufung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau nach § 5 I, II der Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau. Vorlage: BV/015/2019/V

Abstimmungsergebnis: 5 / 0 / 0

6.3 Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von kommunalen Zuwendungen für soziale Dienstleistungen - Förderrichtlinie Soziales Vorlage: BV/045/2019/V-50

Frau Paesold leitet in die Beschlussvorlage ein und **Frau Rehse** macht ergänzende Ausführungen anhand einer den Ausschussmitgliedern vorliegenden Präsentation.

Herr Busch nimmt Bezug auf die redaktionellen Änderungen der Beschlussvorlage und fragt an, warum die Bezeichnung Senioren in „Menschen mit altersbedingten Teilhabehürden“ abgeändert wurde.

Frau Paesold erklärt, dass die Änderung erfolgte, damit es eine Gleichstellung der Ausdrucksweise für diese Personengruppen gibt.

Frau Perl kritisiert die 10% Eigenbeteiligung sowie die Festlegung, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales alle bestätigten Fördermittelanträge lediglich zur Kenntnisnahme erhält.

Frau Paesold verweist auf Seite 7 der Richtlinie und teilt mit, dass in begründeten Einzelfällen von der Forderung abgesehen werden kann. Des Weiteren ist der Ausschuss für Gesundheit und Soziales ein beratender, kein beschließender Ausschuss, sodass die Formulierung der Kenntnisnahme gewählt wurde. Da es sich um Haushaltsmittel handelt, muss es auch im Stadtrat beschlossen werden.

Frau Heinrich ergänzt, dass Frau Paesold und Frau Rehse sehr intensiv mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände diskutiert haben und es vor allem um eine Einheitlichkeit der Antragstellung und eine Transparenz ging. Einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung zu stellen, wenn die 10% Eigenanteil nachweislich nicht aufgebracht werden können, hält sie für möglich. Als Vertreter der Kreisarbeitsgemeinschaft möchte sie nochmals betonen, dass es ein Anliegen war, niemanden zu benachteiligen.

Herr Busch verweist auf die Ausführungen von **Frau Paesold**, dass in der Vergangenheit bereits 10% Eigenanteil erbracht wurden und bittet um nähere Erläuterung.

Frau Paesold führt aus, dass bei den Trägern, die auch gleichzeitig zu den Zuwendungen der Stadt Dessau-Roßlau, Landesfördermittel bekommen haben, das eine Bedingung war und nicht alle Träger, aber die meisten den Eigenanteil erbracht haben.

Herr Busch kann die Bedingung des Landes nachvollziehen, aber daraus abzuleiten, dass die Stadt ebenfalls 10% Eigenanteil erhebt, kritisiert er. Er sieht in dem Vorschlag keine Notwendigkeit.

Frau Paesold teilt mit, dass das im Gleichbehandlungsgrundsatz der Anträge für alle Träger so betrachtet werden soll.

Abstimmungsergebnis: 4 / 1 / 0

6.4 Integriertes Quartierskonzept Am Leipziger Tor - Bestätigung des Entwurfs - Öffentlichkeitsbeteiligung **Vorlage: BV/307/2018/III-61**

Herr Dr. Stahl berichtet zur Beschlussvorlage, anhand einer den Ausschussmitgliedern vorliegenden Präsentation.

Frau Perl informiert, dass sie bereits in einem vergangenen Ausschuss ihre Hinweise zum Konzept geäußert hat. Sie kritisiert nochmals, dass sich im Konzept keine Aussagen zur Entwicklung der Neuvertragsmieten und eventuellen Steigerungen der Wohnkostenbelastungen wiederfinden und möchte nochmals darauf hinweisen, dass man sich über die dortige Eigentümerstruktur im Klaren ist.

Herr Berghäuser nimmt Bezug auf die Unterlagen und fragt an, was eine Stadtteil-AG ist.

Herr Dr. Stahl führt aus, dass es eine Stadtteil-AG vor Ort gibt, die sich aus dem Stadtumbauprozess heraus gebildet hat und aus sehr engagiert arbeitenden Akteuren besteht, welche sich regelmäßig treffen.

In Bezugnahme auf die Hauptsatzung, mit genauer Definition eines Stadtteils bemängelt **Herr Berghäuser** die Bezeichnung der Stadtteil-AG. Er schlägt die Umbenennung in Quartiers-AG vor, wenn es sich um Personen handelt, die dort wohnen und vor Ort sind.

Herr Busch thematisiert das AOK-Gebäude und fragt an, ob dieses immer noch in privatem Besitz ist.

Herr Dr. Stahl verweist auf ein Maßnahmeblatt, wo das AOK-Gebäude beschrieben ist. Die Konzeption ist eine integrative Konzeption. Sodass dort nicht nur Maßnahmen beschrieben sind, die die Verwaltung betreffen. Insofern sind da ganz viele Maßnahmen enthalten, die natürlich auch private Eigentümer betreffen. Das AOK Gebäude ist leerstehend und es ist durchaus ein Objekt, was Anlass sein kann für Entwicklungen.

Herr Busch kann das eingangs erwähnte besondere Augenmerk auf den Städtebau in den Unterlagen nicht wiederfinden. Des Weiteren erfragt er die Beweggründe für die Idee des jungen Wohnens an diesem Standort.

Herr Dr. Stahl weist die Kritik zum Städtebau von sich. Seines Erachtens wurde der Städtebau sehr intensiv beschrieben, auch das Zusammenspiel der unterschiedlichen Gebäudetypologien. Als entscheidend sieht er, wie man dann in Maßnahmen mit den Eigentümern vor Ort kommt, um entsprechend den städtebaulichen Aufwertungsprozess gestalten zu können. Zum Thema Junges Wohnen und den Standorten dazu teilt er mit, dass man weiß, dass innerstädtisch Bedarf besteht, entsprechende Wohnangebote zu schaffen. Aus den Gesprächen mit den Beteiligten vor Ort wurden insbesondere die Standorte ausgesucht, wo festgestellt wurde, dass der Stadtumbau in der Form wie es möglicherweise ursprünglich mal geplant war, so nicht funktionieren wird. Im Wesentlichen wird hier Lückenschluss erfolgen.

Herr Puttkammer bemängelt das Fehlen eines Bezuges auf die Eigentümer und die Willigkeit der Eigentümer, Maßnahmen mitzutragen bzw. darauf zu reagieren, sowie Vorhaben, wie man die Menschen, die aus dem südlichen Bereich zum Quartier dazuzählen, zu einer Einheit innerhalb des Quartiers zusammenführt. Des Weiteren ist er der Meinung, dass die Fortführung des Grünflächenkonzeptes bei vielen Einwohnern auf Widerspruch stößt. Abschließend stellt er fest, dass es sich um ein Gebiet handelt, was aus sozialpolitischer Sicht kritisch zu betrachten ist und lobt die Idee der Investition besonders in Kinder und die Ansiedlung junger Familien, als „einen Schritt in die richtige Richtung“. Auch eine qualitativ deutliche Verbesserung des Konzeptes zum ersten Entwurf, mit vielen guten Maßnahmen und Ideen sind ihm positiv aufgefallen.

Auf das Thema Augustenstraße und Einbindung eingehend berichtet **Herr Dr. Stahl**, dass jetzt ein Konzept vorliegt, welches auch in der Beteiligung im politischen Raum diesen erweiterten Betrachtungsbereich umfasst. Als Stadtplaner wird sowieso zu Beginn natürlich auch auf angrenzende Bereiche geschaut. Es muss aber gelingen, dass Schwerpunkte gesetzt und die Unterschiede im Betrachtungsbereich herausgearbeitet werden. Deshalb wird es im Rahmen der Beteiligung zum Konzept auch Veranstaltungen geben. Zu den Anmerkungen zum Grünkonzept lädt er dazu ein, sich die Ausstellung „Stadt gibt’s hier natürlich“ im Naturkundemuseum einmal anzuschauen. Er berichtet von einer sehr hohen Artenvielfalt vor Ort. Im Rahmen des Konzeptes müssen aber die verschiedenen Grünflächen ausgearbeitet werden. Er geht davon aus, dass das Konzept dahingehend auch noch qualifiziert wird.

Herr Puttkammer würde sich wünschen, dass die Bürger aktiver werden, wenn es um ihr Umfeld geht.

Herr Berghäuser befürwortet die Aussage „Wir müssen, wenn wir unsere Stadt zukünftig entwickeln wollen, über Quartiere neu nachdenken.“ Die Stadtbezirksgrenzen innerstädtisch, die sind willkürlich festgelegt worden, sodass es Quartiere gibt, die nicht zueinander passen. Er begrüßt es, dass man sich Gedanken darüber macht, wie Quartiere, wo die meisten Menschen leben, neu gestaltet werden können.

Abstimmungsergebnis: 5 / 0 / 0

8 Schließung der Sitzung

Herr Puttkammer schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Dessau-Roßlau, 11.07.19

Michael Puttkammer
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer